

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

**Bezugspreis:** für das Inland jährlich 10 K., halbjährlich 5 K., vierteljährlich K. 2.50; für Österreich jährlich 13 K., halbjährlich K. 6.50; für die Schweiz jährlich 13 Fr., halbjährlich Fr. 6.50; für das übrige Ausland jährlich 15 K. — Bestellungen nehmen entgegen: Im Inlande die betreffenden Zeitungsboten, im Auslande die nächstgelegenen Postämter oder die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz; der Schweiz die Buchdruckerei J. Kuhn in Buchs (Rhodant).

**Einsendungsgebühr** im Anzeigenteil die sechspaltige Kleinzeile 12 h oder 12 Rp.; für Reklamen 20 h oder 20 Rp. Einsendungen sind an die Schriftleitung, Anzeigen und Gelder an die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz einzusenden.

## Gemeinderat und Gemeindeversammlung.

In mehr als einer Gemeinde werden mit Recht Stimmen laut, die, ohne etwa einem Umsturz zu halbdigen, einer Vermehrung der Bürgerrechte in den Gemeinden rufen. Nach Ansicht vieler beschließt der Gemeinderat in den einzelnen Gemeinden über Dinge, die besser durch die Vollversammlung der stimmfähigen Bürger beschlossen würden. Es kam z. B. vor, daß die Bürger einer Gemeinde zu einer Abstimmung einberufen wurden. In dieser Vollversammlung wurde dann — falls wir recht unterrichtet wurden — ein verstärkter Gemeinderat gewählt zur Beschlußfassung in einer Angelegenheit, die die gerade anwesenden Bürger in ihrer Gesamtheit hätten erledigen können. Es sei hier den Gemeinderäten der einzelnen Gemeinden nicht etwa ein Vorwurf gemacht. In ihrem Interesse läge es, wenn sie die Verantwortung in wichtigen Angelegenheiten auf die Schultern der Bürger abwälzen könnten. Damit wäre auch manchen Mängel und zum Teil berechtigten Kritiken aus der Bürgerschaft heraus der Boden entzogen. Mit gewissem Rechte könnte hier nun eingewendet werden, daß gerade wichtige Angelegenheiten in einer Vollversammlung der Bürger kaum spruchfähig werden können; denn: Sowie! Köpfe, soviel Sinne. Dem läßt sich aber abhelfen, wenn zuerst der Gemeinderat in seinen Sitzungen die betreffende Angelegenheit des genaueren durchspricht und, falls für das jeweilige Projekt im Gemeinderat selbst kein Sachmann vorhanden ist, als Referenten vor der Vollversammlung irgend einen fähigen Bürger, der dem Gemeinderat nicht angehört, bestimmt. Denn es ist allbekannt Tatsache, daß gerade fähige Bürger, die mehr denken und schaffen als sprechen, oft nicht zu Gemeinderäten gewählt werden. Diese könnten dann in Ausarbeitung von Projekten ihrer Gemeinde dienen. Dem Taten wirken mehr als bloße Worte. Und zwar sollten für jede wichtige Sache zwei Referenten für die Vollversammlung bestimmt werden. Der eine brächte das Für, der andere das Wider in der betreffenden Sache vor, d. h. es wäre also vom Gemeinderat ein Redner und Gegenredner zu bestimmen. Dann könnten die Gemeinderäte in der Vollversammlung ihre Ansicht, die auf Besprechungen und Beratungen in der Gemeinderatssitzung fußen, kundtun. Nun hätten die Bürger ein klares Bild: Jeder könnte sich zum Worte melden, der etwas Feststehendes zu sagen hätte. Erst dann sollte zur Abstimmung geschritten werden. So hätten die Gemeinderäte ihre Pflicht getan und die Verantwortung zugleich den Bürgern überlassen. Wäre der Gemeinderat in irgend einer Sache völlig einig, dann wäre auch nur ein Vortragender nötig. Die Bürger könnten dann ja schon etwa Gegenstände vorbringen, falls solche vorhanden wären. Und nur persönliche Gründe vorzubringen, die etwa auf Neid und Mißgunst fußen könnten, würde sich wohl jeder Bürger hüten in Anbetracht des Umstandes, daß er sich damit vor der ganzen Gemeinde bloßstellen würde. Das wäre ein Weg, das Interesse am Gemeinwohl zu wecken und gerade die Jüngeren ins politische Leben einzuführen und ihnen die Verantwortlichkeit eines jeden Bürgers der Gemeinde gegenüber tiefer einzuprägen. Gerade die Jüngeren jähren dann, wie der Rat der Alten nicht zu mißachten ist, der auf langjähriger Erfahrung beruht. Sie sehen dann auch, daß es ein anderes ist, in der Wirtschaft und auf der

Straße zu kritisieren und abzuurteilen und wieder ein anderes, in Gegenwart der gesamten Bürgerschaft praktische Vorschläge zu machen und männlich, ruhig und zielbewußt mit seiner ganzen Überzeugung dafür einzutreten. Auch die einzelnen Gemeinderatsmitglieder würden dann besser sehen als jetzt, daß es in den Gemeinden noch praktisch denkende, tüchtige Männer gibt, die, ohne im Gemeinderat zu sitzen, für das Wohl der Gemeinde zu schaffen verstehen.

Der hier vorgeschlagene Weg ist nur persönliche Ansicht des Schreibers dieser Zeilen. Sollte jemand einen besseren Vorschlag wissen, so stehen ihm die Spalten unseres Blattes zur sachlichen Kritik des Vorgeschlagenen und zur Darlegung eines anderen Weges gerne offen. Die Hauptsache ist, daß in dieser Hinsicht etwas getan wird. Denn die Wahl eines verstärkten Gemeinderates erscheint uns veraltet, wie auch das Wahlmännerverfahren bei den Landtagswahlen nicht mehr den heutigen Anschauungen entspricht. Kommen jetzt die Bürger zusammen, um in wichtigeren Dingen einen verstärkten Gemeinderat zu wählen, so könnten sie ebenfugot zusammenkommen, um die Sache selbst in die Hand zu nehmen, nachdem der ordentliche Gemeinderat sie schon durchberaten.

Die Institution des verstärkten Gemeinderates sollte also fallen und dafür die endgültige Beschlußfassung der Vollversammlung der Gemeindebürger bzw. der ortsanfassigen Staatsbürger anhingestellt werden: Mehr Rechte der Bürgerschaft!

## Peter Kaiser und In der Maur.

(Eingelandt aus dem Unterland) (Schluß.)

Der Wille eines Volkes muß sich immer unter der Wucht der Tatsachen beugen und so hätten auch unsere Vorfahren sich nach Recht den durch den Rheinbund 1806 und den Deutschen Bund 1815 geschaffenen Verhältnissen fügen und nicht Aufstand und Widersehlichkeit an den Tag legen sollen. Das werden wir auch im demokratischen Staate niemals gutheißen können.

In der Maur wird in der Hitze des Parteikampfes von den D. N. deshalb getadelt, weil er die Energie Schupplers, beruend auf der Dienstinstruktion des Fürsten, als notwendig hingestellt. Kaiser läßt ihn in der Durchführung der fürstl. Anordnungen hart und ungerecht, Vorgeantwort aber streng und energisch sein.

Werfen wir einen Blick in jene Zeit. Von 1794 bis 1802 machte unser Land ungefähr 1 Million Gulden Schulden. Daß fortwährende Truppendurchzüge und eine solche Schuld einen traurigen Zustand herbeiführen mußten, ist wohl klar. Fürst Johann wußte wohl davon und suchte dem Uebel frühzeitig zu steuern. Die alte Reichsverfassung aber war schließlich zum Hemmschuh jeglichen Fortschrittes geworden und ein großer Teil der auf sie gründenden staatlichen Einrichtungen, die sich dem Zwecke, das Wohl der Untertanen zu bessern, ganz entgegenstellten, waren zum Verschaffen reif. Durch seine Souveränität entfernte der Fürst solche Einrichtungen und ging daran, das Land durch ein besseres Wirtschaftsleben zu heben. Zu diesem Zwecke schickte Johann I. Schuppler nach Liechtenstein und empfahl ihm dem Volke als einen Mann, der tüchtig und des Vertrauens würdig sei. Das

war also urkundgemäß die Ursache der Berufung Schupplers und nicht das, was Kaiser S. 500 und ff. hierüber sagt. Natürlich mußte der Landvogt größere Steuern auslegen, denn Schulden zahlen, Straßen bauen usw. konnte man ohne Geld nicht.

Kaiser urteilt nun abfällig über die staatswirtschaftlichen Kenntnisse Schupplers, weil eben einige Ausgaben etwas erhöht werden mußten. Unser Geschichtschreiber tut aber nicht dar, wie andere Einnahmequellen zu erschließen gewesen wären. Wer in Kaisers Werk S. 499 bis 504 genau überliest, dem wird der darin enthaltene Geist nicht entgehen können. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, wenn In der Maur diese Momente kritisch beleuchtet. Die Neuerungen folgten allerdings rasch, das tadelte Peter Kaiser und muß auch In der Maur zugeben, aber sie waren in der Dienstinstruktion vom 7. Oktober 1808 vorgegeben. Das muß aber auch der Einseitigkeit zugeben, daß in derselben die Volkswirtschaft hebbende Gedanken niedergelegt sind.

Wir sehen also, daß wir, wenn wir gerecht sein wollen, höchstens die damalige Zeit kritisieren dürfen, nicht aber In der Maur und durch ihn Schuppler. Ein nicht weg zu leugnender Fehler Kaisers aber ist es, daß er die Regierungszeit Johann I. nicht aus der damaligen Zeit heraus schilderte und sogar ohne genügende Kenntnis des vorbandenen Quellmaterials seiner Arbeit oblag und die Zeit dieses Fürsten nach einem halben Mannesalter für eine objektive geschichtliche Betrachtung noch nicht reif war.

Sein Biograph Dr. Franz Josef Kind nennt Kaiser im Jahrbuch des historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein (V. V. Vaduz 1905) schwärmerisch veranlagt und republikanisch angehaucht. Heute schämen wir Kaiser wegen seiner demokratischen Gesinnung; diese wäre aber dennoch keine Veranlassung gewesen, die Zeitperiode des liechtensteinischen Fürstenhauses nicht objektiv zu behandeln. Unser Geschichtschreiber hat seinen Fehler auch eingesehen, denn bald nach der Veröffentlichung seines Werkes sah er die Verhältnisse Liechtensteins in nicht mehr so trübem Lichte. Bei seinem oben erwähnten Lebensbeschreiber lesen wir aus dem Schreiben vom 25. November 1848 (Kaisers Werk erschien 1847), mit welchem er sein Mandat zum Frankfurter Parlament niederlegte, folgendes: „Betrachte ich unsere Lage, unsere Verhältnisse genau, so finde ich, daß sie keineswegs so schlecht sind, als man sie glauben macht.“ [Dieses Schreiben kam im „L. V.“ Nr. 54 nachgelesen werden.]

Vor einiger Zeit wurde in den „D. N.“ gegen die ausländischen Landesverweiser energisch Stellung genommen. Darin wurde Schupplers Zeit nicht wahrheitsgemäß behandelt, sondern diese Zeit und ihre Kämpfe wurden den ureigensten Bestrebungen der Volkspartei zugrunde gelegt. Uebrigens sind die „D. N.“-Schreiber im Irrtum, denn die Abschaffung der Landbauernvereine war beim Fürsten beschlossene Sache bevor noch Hauer und Schuppler in unser Land kamen. Auch Schupplers Vorgänger Menginger trägt die in dieses uralte Verfassungsgedäude eingeschlichenen großen Mißbräuche.

Daß das Bild, das Peter Kaiser zeichnete, so schlecht ausfiel, daran sind wohl auch die schlechten Zeiten während Schupplers Regierung mitschuldig. Die Jahre 1810 bis 1817 waren zum Teil Mißjahre. Solche Mißjahre der Zeit pflegen nicht selten das Urteil der Untertanen auch einer guten

Regierung zu trüben. Sie machen diese dafür verantwortlich, versagen aber deren wirklichen Vorzügen die Anerkennung. Wer aber heute die Regierungsperiode des mehrgenannten Landvogtes unbefangenen Blickes betrachtet, der muß zugeben, daß Fürst und Schuppler zum Wohle des Volkes arbeiteten, das sittliche Leben des Volkes hoben und eine gute Grundlage für eine günstige Fortentwicklung schufen.

Es wurde oben bereits erwähnt, daß diese Zeit noch nicht reif war für eine objektive historische Betrachtung, als Kaiser sie in Angriff nahm. Kaiser ging wahrscheinlich auf Ueberlieferungen ein, die von Mund zu Mund modelliert wurden. Wie hält ein Volk mit Neuerungen zurück! Wie sträubten sich unsere Vorfahren gegen die Bahn, wie ärgerten wir mit der modernen Beleuchtung! Neuerungen ließ man auch damals nicht gerne zu, gar wenn durch Kriege und Mißernten geschaffene Verbitterung mithilft.

Es ging nicht lange, sah das Volk das Schuppler zugefügte Unrecht ein. Das Kriegsjahr 1809 und mit ihm die Besetzung Feldkirchs durch die Franzosen brachte den Landvogt mit dem Volke in engere Berührung. Zuerst warnte er es davon, den liechtensteinischen Landsturm mit dem vorarlbergischen zu vereinen. Als Feldkirch besetzt war, trat er wiederholt an der Spitze einer Volksdeputation vor den kommandierenden General Froment und setzte die geforderte Weisener zum Unterhalt des Feldkircher Besatzungsheeres wiederholt auf eine Kleinigkeit herab. Die Besetzung des Landes wurde vom General wiederholt angeordnet. Diese Begebenheiten und die kräftigen Interventionen Schupplers zugunsten des Volkes machten ihn beliebter. Am 8. Dezember 1809 konnte er dem Fürsten melden, „daß sich die Untertanen von der Zweckmäßigkeit der vom Amte getroffenen Maßnahmen vollkommen überzeugen, und für die damalige gefährliche Verwendung danken, weswegen auch in der Straßen- und Grundbuchfortsetzung und andern Geschäftszweigen mit Tätigkeit fortgefahren wird.“ — Daraus können wir entnehmen, wie voreingenommen das Volk war. Wir werden dies bei allen Völkern der Erde immer und immer wieder finden, aber in der Geschichtschreibung dürfen Vorurteile wohl nicht Platz greifen.

Studieren wir Peter Kaiser, ziehen wir In der Maur unparteiisch zu Rate, vergleichen wir mit ihren Schriften die einschlägigen Abschnitte der Weltgeschichte, dann erst wird es uns möglich, in unserer Geschichte klar zu sehen. Wer nach Klarheit ringt, der wird mit seinem Urteile nicht so bald fertig sein; er wird auch nicht gegen diese oder jene Person so bald ein abfälliges Urteil sprechen.

**Vaduz. Hoher Besuch.** Seine Durchlaucht Prinz Franz von Liechtenstein, Bruder unseres regierenden Fürsten, der vor einigen Tagen im Schloß Vaduz abgestiegen ist und auch mehrere Landesbürger in Audienz empfangen hat, ist für kürzeren Aufenthalt nach der Schweiz verreist, um dann wieder hieher zurückzukehren.

**Vom Wehrstein.** Auf der Höhe des Schönenberg am äußersten Rande gegen die untenliegende Aipe hinter Balorsch lag seit Jahrhunderten der sog. Wehrstein, ein freiliegender gewaltiger Stein. Manche Sonne ist über ihm auf- und nieberge-

## In dunkler Stunde.

Roman von Otto Goecker.

(Nachdruck verboten.)

Der zweite Direktor wurde herbeigerufen und verhielt in großer Erregung, als er mit dem Sachverhalt bekannt gemacht worden war.

„Meine Herren“, erklärte er endlich, auf das Protokollbündelweisend, „Sie mögen den Schulden überall nachsehen, nur nicht bei uns. Ich selbst habe zum größten Teil die Kontrolle ausgeübt, wenigstens in den letzten Jahren; früher besorgte dies ein irrwitziger verstorbenen Kollege. Unsere Einrichtungen sind einfach musterhaft.“ — Er unterstrich in der Betonung jedes einzelne Wort — „jede Möglichkeit einer ordnungswidrigen Handlung ist bei uns ausgeschlossen.“

„Nun gefanden, heinache war ich schon verurteilt, diesen unerklärlichen Selbstmord des früheren Oberfaktors mit der ganzen Geschichte in Verbindung zu bringen“, räumte Spalting, der aufmerksamere Beobachter des ganzen Vorganges gewesen, ein. „Das ist nun natürlich völlig ausgeschlossen.“

„Völlig ausgeschlossen“, wiederholten die beiden Direktoren wie aus einem Munde und im Brustton sicherster Überzeugung.

„Das Geheimnis wird also immer dunkler“,

fuhr der Kommissär fort. „Weißt nur noch die Annahme übrig, daß eine raffinierte Fälscherbande in England ihr Unwesen treibt; durch einen Zufall hat sie Nummern gewählt, die noch gar nicht zur Ausgabe gelangt sind.“

„Wenigstens“, unterbrach ihn der eine Direktor. „Diese Banknoten“ — er deutete mit der Hand auf die vor ihm liegenden Scheine — „können überhaupt nicht nachgemacht werden — das sagte ich Ihnen ja schon vor einigen Monaten“, wandte er sich an den unbeweglich sitzenden Nebe, der schon längst eine derartige Gesprächsabweidung vernommen hatte und darum auf eine solche vorbereitet war.

Er hatte vorhin schon eine Lupe zur Hand genommen; nun betrachtete er die Banknoten nach allen Seiten und auch sein Kollege beteiligte sich erneut an der Untersuchung. Zum Ueberflusse nahm der letztere einige Scheine mit sich nach dem Laboratorium; als er zurückkehrte, bestätigte er nochmals die schon vorhin von ihm aufgestellte Behauptung.

„Nun ja, ich erinnere mich“, gab er nun leichthin zu, „als ich Sie bat, die mir übergebene Banknote — es war wohl auch ein Tausender — auf ihre Echtheit hin prüfen zu lassen. Na ja, die war freilich echt.“

„Wenau so echt“, wie diese Scheine hier“, fuhr der Direktor fort. „Da ist kein Zweifel möglich; diese können nämlich nur bei uns hergestellt worden sein.“

Spalting fuhr sich erregt mit beiden Händen durch das getrichtete Haar. „Aber meine verehrten Herren, da liegt doch ein Widerspruch?“ erwiderte er sich. „In einem Atem geben Sie zu, diese Noten können nur hier in der Staatsdruckerei gefertigt worden sein — und ebenso schnell weisen Sie jeden Gedanken an die Möglichkeit irgendwelcher Unregelmäßigkeit zurück!“

„Da liegen die Protokolle; an ihnen gibt's weder zu denken noch zu drehen. Auch nur der Schimmer einer Unregelmäßigkeit ist ausgeschlossen.“

„Und eine Fälschung ebenso, da muß einem ja der Verstand fälschen!“ rief Spalting verwirrt. „Es muß sich dann doch um Fälscher handeln, die vielleicht durch Zufall hinter das von Ihnen verwahrte Rezept des Geheimnisses der Farbmischung gekommen sind.“

„Das ist auch ausgeschlossen“, lautete die Entgegnung. „Sie vergessen, daß auch die Herstellung des Papiers Geheimnis ist, nicht weniger die Zusammenfügung der Druckfarbe. Ich wiederhole: es handelt sich um Originale.“

Nebe konnte ein schwaches Nicken nur mit Mühe unterdrücken, als er nun die nervöse Art seines Kollegen wahrnahm. „Ich pflichte doch der Ansicht des Kommissärs bei“, äußerte er schließlich

bedächtig, da in der Staatsdruckerei kein Verstoß denkbar ist.“

„Ausgeschlossen! Absolut unmöglich!“

„So muß eine Fälscherbande vorhanden sein. Ich gedenke schon morgen nach England zu reisen.“

„Ich wünsche Ihnen Glück! Aber ich bezweifle den Erfolg! Die Sache ist ja geradezu schrecklich unheimlich! Man kommt sich ja wie verurteilt und verkauft vor! Geißt mich dieses Mitleid werden; wir haben ja bis dahin keine ruhige Stunde mehr — aber ich sehe keine Möglichkeit vor Augen! Es wird nichts anderes übrig bleiben, als das ganze mühevolle Verfahren aufzugeben und sämtliche darnach hergestellten Serien einzuziehen.“

Die Beamten erhoben sich und sprachen die Bitte aus, in unverfänglicher Weise einen Rundgang durch die Druckerei antreten zu dürfen. Bereitwillig wurde ihrem Wunsch entsprochen; der erste Direktor übernahm persönlich die Führung. Man besichtigte die Lokalitäten, in denen die Herstellung der Banknoten betrieben wurde; nahm man den Ofen in Augenschein, in dem die kaffierten Exemplare zur Verbrennung gelangten.

„Die Beamten sind sämtlich alte, erprobte und über jeden Verdacht erhabene Männer“, gab der Direktor auf eine diesbezügliche Frage zur Antwort. „Nur der Ketzerposten hat seit etwa zwei-